

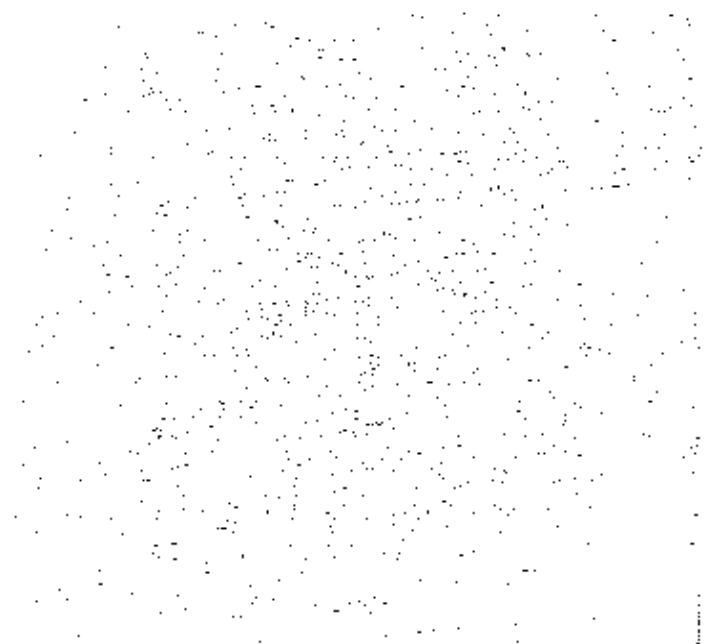
# Geschäftsbericht '65/'66/'67



AKP

3263

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Kreis Essen**



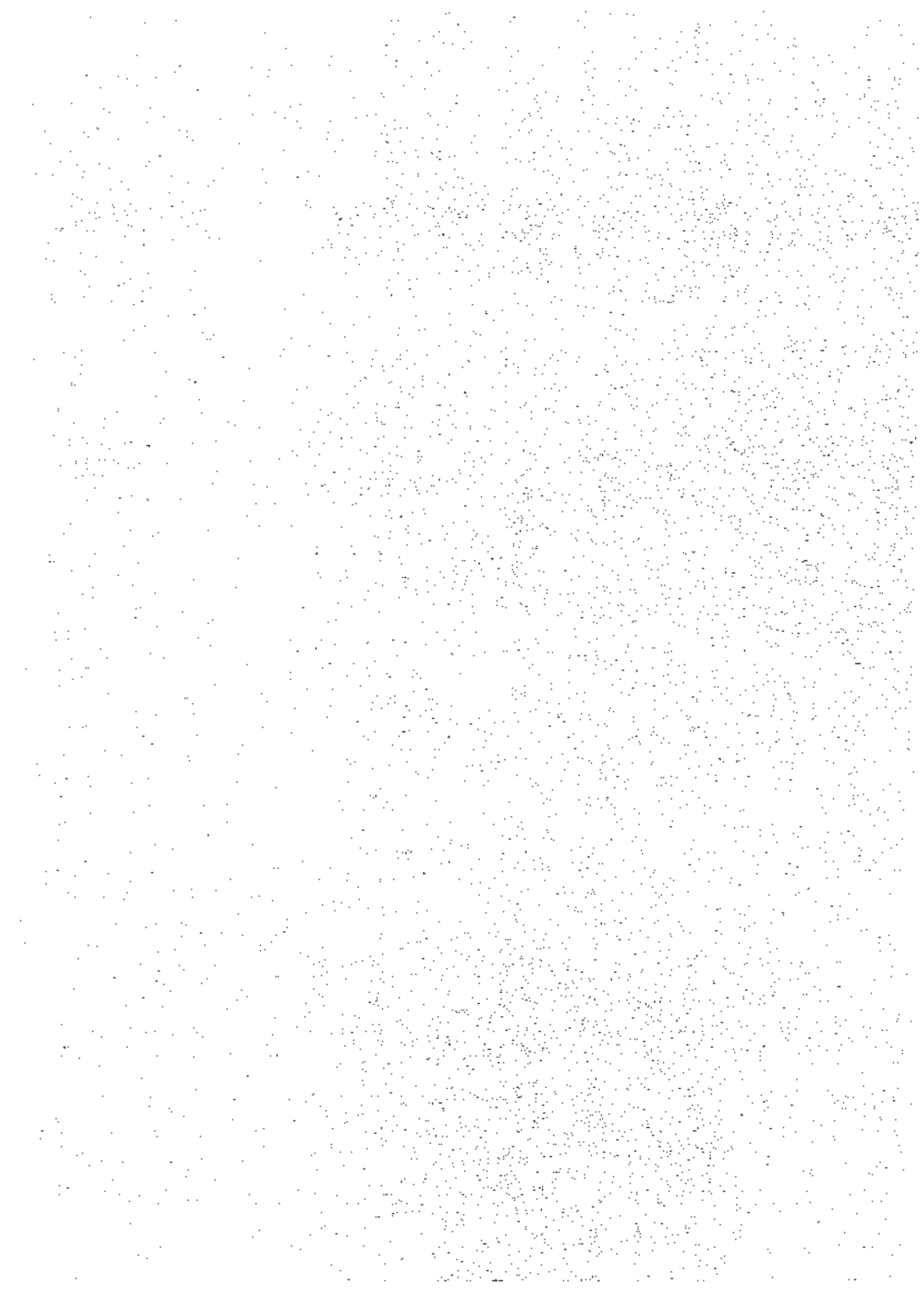
John F. Kennedy

auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden 1963  
in Berlin über die deutschen Gewerkschaften:

*„Darum ist das, was Sie in diesem Lande tun, um  
die Freiheit zu erhalten,  
der Beitrag, den Sie leisten, um den Wohlstand  
Ihres Volkes zu verbessern,  
das große Gefühl der Verantwortung, das Sie nicht  
nur Ihren Mitgliedern gegenüber und nicht nur  
Ihrem Lande gegenüber,  
nicht nur den Gewerkschaften anderer Länder  
gegenüber haben,  
sondern Ihr Gefühl der Verantwortung der ganzen  
Freiheitsbewegung gegenüber —  
solange es das gibt, kann diese Welt mit Hoffnung  
in die Zukunft blicken.“*

AKP- 3263





Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kreis Essen.

Er bezieht sich auf die Jahre 1965, 1966, 1967.

<b>Kreisvorsitzender:</b>	Kollege Franz Busch
<b>Bildungswesen:</b>	Kollege Werner Elsner ab 1. 10. 1967 der Kollege Herbert Schmidt
<b>Arbeits- und Sozialrecht:</b>	Kollege Gottfried Jacobs Kollege Klaus Feigentreff
<b>Jugendarbeit:</b>	Kollege Horst Dewenter und bis zum 30. 4. 1967 Kollege Rolf Dückers
<b>Frauenarbeit:</b>	Kollegin Marianne Wendzinski bis zum 31. 12. 1965
<b>Angestellte und Beamte:</b>	Kollege Ludwig Pousset bis 1. 8. 1966 Kollege Kowallak

In Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften konnten wir gute Arbeit leisten.

Es gebührt allen Mitgliedern und Funktionären unser Dank für die geleistete Arbeit.

Der DGB Kreis Essen wäre ohne diese Hilfe nicht in der Lage gewesen, die ihm zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Für die Zukunft und die auf uns zukommenden Aufgaben ein herzliches Glückauf.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

KREIS ESSEN

Franz Busch

## Organisation

Der Kreisvorstand setzt sich zusammen aus:

Kollege Franz Busch	Kreisvorsitzender
Kollege Karl Eisenheimer	IG Bau-Steine-Erden
Kollege Hans Alker	IG Bergbau und Energie
Kollege Artur Ernst	IG Chemie, Papier, Keramik
Kollege Helmut Karnath	IG Druck und Papier
Kollege Bernhard Minten	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
Kollege Georg Gampig	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kollege Willi Bartelt	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Kollege Bernhard Berger	Gewerkschaft Holz und Kunststoff
Kollege K.-H. Völker	IG Metall
Kollege Heinz Potthast	Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten
Kollege Manfred Urbanski	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Kollege Karl Buchholz	Deutsche Postgewerkschaft
Kollege Erich Rommerskirchen	Gewerkschaft Textil-Bekleidung
Kollegin Marlen Schuchert	Frauen
Kollege Theo Ganteführ	Angestellte
Kollege Wilhelm Gerkrath	Beamte
Kollege Fritz Kühlwein	Jugend
Kollege Günter Enders	Gewerkschaft Kunst
Kollege Kurt Adelhütte	Ortskartell Kettwig

Es gehörten in der Zwischenzeit dem Vorstand an bzw. es sind durch Umzug oder Tod ausgeschieden:

Kollege Alfred Steinkopf †  
Kollege Willi Braideneich  
Kollege Horst Lemke

Allen Kollegen sagen wir herzlichen Dank für ihre Mitarbeit.

Stellvertretend für alle verstorbenen Kollegen sei hier der Kollege Alfred Steinkopf genannt.

Wir werden ihrer stets gedenken und die Arbeit in ihrem Sinne weiterführen.

Der Kreisvorstand tagte:

1965 — 11mal  
1966 — 11mal  
1967 — 12mal

Es fanden 5 Delegierten- bzw. Funktionärskonferenzen statt.

Im Juni 1965 wurde die letzte Wahlkonferenz durchgeführt.

Als Referent stand der damalige Landesbezirksvorsitzende, der Kollege Neemann, zur Verfügung.

Im Juni 1966 fand eine Delegiertenkonferenz statt, bei der der Kollege Wieder einen Bericht über den 7. ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Berlin gab.

Im September 1966 wurde eine erweiterte Delegiertenkonferenz durchgeführt. Als Referenten standen Prof. Halstenberg, Chef der Staatskanzlei NRW, und der Bürgermeister der Stadt Essen, unser Kollege Horst Katzor, zur Verfügung. Es wurden Strukturfragen diskutiert.

Im Jahre 1967 führten wir eine Funktionärskonferenz durch. Auf der Tagesordnung stand die Problematik des Rechtsradikalismus. Als Referent konnte der Ministerialrat Matull gewonnen werden.

Im Dezember 1967 sprach auf einer Funktionärskonferenz das Mitglied des Vorstandes der IG Metall, der Kollege Georg Benz, über die Wirtschaftspolitik der großen Koalition.

Alle Veranstaltungen fanden in der Presse ein gutes Echo.

Wie in den vergangenen Jahren führten wir auch im Berichtszeitraum unsere Mai-Kundgebungen durch.

Am 1. Mai 1965 sprach auf dem Burgplatz der Kollege Franz Eichinger, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands.

Durch unsere Bemühungen war es uns möglich, das 2. Maitreffen des DGB in Essen in der Gruga durchzuführen.

Es war für uns alle damit sehr viel Arbeit und Mühe verbunden. Die Veranstaltung selbst war ein voller Erfolg, zumal uns als Redner der Kollege Otto Brenner, 1. Vorsitzender der IG Metall, zur Verfügung stand. Mit dieser Veranstaltung wurde der DGB zum Ausstrahlungszentrum in der Öffentlichkeit der Stadt Essen.

Es gebührt an dieser Stelle allen, die zum Gelingen beigetragen haben, der herzlichste Dank.

Die Mai-Kundgebung 1967 fand wieder auf dem Burgplatz statt. Als Mairadner konnten wir den Kollegen Prof. Rodenstein, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, gewinnen.

Insgesamt gesehen müßte auf Grund der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse der Besuch der Maikundgebungen besser sein. Es werden weitere Anstrengungen gemacht werden müssen, um dem Arbeitnehmer klar zu machen, daß dieser Tag sein Feiertag ist und daß an diesem Tage die Arbeitnehmer ihre Forderungen in aller Öffentlichkeit zu stellen haben.

Die Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften ist sehr gut.

Der DGB Kreis Essen arbeitet mit den Vertretern der Gewerkschaften in vielen Organisationen und Institutionen mit.

Diese Mitarbeit ist im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit und wegen unserer gesellschaftspolitischen Aufgaben dringend notwendig.

Zu Rat und Verwaltung der Stadt bestehen gute Verbindungen.

Mit den genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Unternehmungen, Alle Volksfürsorge, Bank für Gemeinwirtschaft, Konsumgenossenschaft, verbindet uns nicht nur die gemeinsame Herkunft, sondern es bestehen darüber hinaus gute Kontakte.

Wir arbeiten im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ sowie im Berufsausbildungsausschuß der IHK Essen mit.

Wir sind weiter tätig in den Selbstverwaltungsorganen der AOK und der IKK sowie des Arbeitsamtes Essen.

Das Berufsbildungswerk des DGB entwickelt sich gut und hat gerade auf dem Gebiet der Umschulung gute Erfolge aufzuweisen. Die Arbeit des örtlichen Berufsbildungswerkes ist von großer Bedeutung für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Besonders zu erwähnen ist die gute Zusammenarbeit mit der Essener Presse. Es war uns immer möglich, die notwendigen Gespräche zu führen und uns der Öffentlichkeit durch die Presse verständlich zu machen.

Die Zusammenarbeit mit den Kirchen ist ebenfalls gut. Es ist besonders auf die regelmäßigen Zusammenkünfte mit der evangelischen Kirche hinzuweisen.

Im Berichtszeitraum wurden durch weitere Gespräche mit den örtlichen Parteien die bisherigen Verbindungen enger geknüpft.

Weitere Gespräche mit anderen Institutionen und Organisationen sind in Vorbereitung.

### **Kassenbericht**

Der zur Verfügung stehende Etat hat durch die Einsparungsmaßnahme einen engen Spielraum erhalten.

Von dieser Regelung sind jedoch alle DGB-Kreise betroffen. Besondere Schwierigkeiten machen die Unterhaltung der zwei Jugendheime, da infolge der steigenden Kosten und der stärkeren Reparaturanfälligkeit das schließen der Finanzierungslücken immer größere Schwierigkeiten bereitet.



## Wirtschaft

Von der Tatsache her, daß die Einwohnerzahl, die im Januar 1965 730 598 und Ende 1967 nur noch 709 423 betrug, also stark rückläufig war, kann geschlossen werden, daß auch die Beschäftigtenzahl erheblich zurückgegangen ist. Bei den abgewanderten Arbeitskräften handelte es sich um ältere bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene, aber auch um jüngere Arbeitskräfte, die auf Grund der seit 1958 anhaltenden Bergbaukrise und des Ende 1966 eingetretenen Konjunkturrückganges sich außerhalb Essens um eine neue Existenz bemühen mußten.

Konkrete Beschäftigtenzahlen liegen für Arbeitnehmer nur im Steinkohlenbergbau vor, da die Zechen gehalten sind, monatlich ihren Beschäftigtenstand zu melden.

An Hand dieser Zahlen sind die Veränderungen in einem wichtigen Essener Wirtschaftszweig besonders deutlich zu erkennen. Während 1958 noch 52 456 Bergleute auf Essener Schachtanlagen tätig waren, ging diese Zahl Ende 1967 auf 21 600, also um 76,5 % zurück.

Bis Mitte 1965 wurde in Essen die Höchstzahl beschäftigter ausländischer Arbeitskräfte erreicht. Es waren damals 13 045. Die Bergbaukrise und der Konjunkturrückgang Ende 1966 waren Ursache dafür, daß diese Zahl erheblich zurückging. Ende 1967 gab es in Essen nur noch 7383 nichtdeutsche Arbeitnehmer. Das waren 5662 oder 43,4 % weniger als Mitte 1965.

Im Vergleich zu anderen Arbeitsamtsbezirken in Nordrhein-Westfalen bzw. in der Bundesrepublik hält sich die Zahl der beschäftigten Ausländer in einem durchaus vertretbaren Rahmen.

Von etwa 1959/60, als die Hochkonjunktur einsetzte, spielte die Zahl der Arbeitslosen in Essen keine große Rolle mehr. Sie lag im Schnitt um 2000, und es handelte sich bei diesem Personenkreis hauptsächlich entweder um Fluktuationsarbeitslose, die nach wenigen Tagen wieder einen anderen Arbeitsplatz erhielten, oder um ältere Arbeitnehmer, die bereits eine Rente bezogen oder beantragt hatten.

Dieses Bild, an das sich fast jedermann gewöhnt hatte und, als kaum noch jemand glaubte, daß es jemals anders kommen könnte, veränderte sich Ende 1966 schlagartig. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich zusehends und lag innerhalb weniger Monate bei durchschnittlich 9000. In den Sommermonaten 1967 verzeichnete das Arbeitsamt zwar einen Rückgang bis zu 6500, aber Ende 1967 war die Grenze von 8000 wieder überschritten.

Die Folgen der wirtschaftlichen Rezession bekamen besonders ältere Arbeitnehmer, aber auch jüngere zu spüren. Mechanisierung und Automatisierung reduzierten den Bedarf an Hilfsarbeitern immer mehr. Viele Arbeitslose sahen sich daher gezwungen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, Umschulungsangebote für einen weit verstreuten Berufskatalog des Arbeitsamtes anzunehmen.

Ende 1967 befanden sich fast rd. 1000 Arbeitslose in einer vom Arbeitsamt Essen veranstalteten Umschulungsmaßnahme. Umgeschult wird in Berufe, in denen der Bedarf z. Z. größer ist als das Angebot.

In den Zeiten der Hochkonjunktur war das Stellenangebot der Wirtschaft so

groß und so umfangreich, daß die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz keine Schwierigkeiten bereitet. Anders wurde es 1966, als sich die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt anbahnten. Die Arbeitnehmer nahmen den größten Teil der bisher als offen gemeldeten Arbeitsmöglichkeiten zurück und schraubten ihre Anforderungen so hoch, daß trotz eines hohen Bewerberangebotes viele Stellen unbesetzt blieben.

Das Arbeitsamt Essen war daher in den letzten Monaten bemüht, durch Bewilligung von Anlernzuschüssen und neuerdings auch mit Eingliederungsbeihilfen durch Übernahme eines erheblichen Teiles der Lohnkosten die Arbeitsaufnahme erheblich zu erleichtern.

Die Aufwendungen, die für die Umschulungs-, Aufstiegs- und Leistungsförderung, für Berufsausbildungsbeihilfen, Anlernzuschüsse und Eingliederungsbeihilfen und für die sonstige Förderung der Arbeitsaufnahme gemacht werden, gehen allein in Essen in die Millionen.

## **Die Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsabteilungen**

### **Landwirtschaft und Gärtnerei**

Die Betriebe dieses Bereiches haben durch Anschaffung weiterer Maschinen und Geräte den Verlust von Arbeitskräften auffangen können. Der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften in Zeiten der Arbeitsspitzen wird immer kleiner und kann ohne Schwierigkeiten gestollt werden.

Der Landschaftsgartenbau spielt in diesem Bereich eine immer größere Rolle. Erwähnenswert ist, daß in Essen ein in Europa einmaliger landwirtschaftlicher Betrieb errichtet wurde. Es handelt sich um das sogenannte Kutel (Kuh-Hotel), in dem bei endgültiger Fertigstellung bis zu 6000 Kühe die Milchversorgung in Essen sicherstellen sollen.

### **Steinkohlenbergbau**

Essen als größte Bergbaustadt Europas hatte in der Berichtszeit unter der Bergbaukrise besonders zu leiden. Die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich ging weiter zurück und liegt jetzt bei 21 000. Weitere Zechen wurden stillgelegt und die noch fördernden zu Verbundanlagen zusammengeschlossen.

Das Vertrauen der Bergleute in die Stabilität des Bergbaus ist so weit gesunken, daß bei Stilllegungen kaum noch von Verlegungsangeboten Gebrauch gemacht wird. Sie bemühen sich lieber in anderen Bereichen um krisenfestere Arbeitsplätze, und die Zahl derjenigen, die sich einer bis zu 2 Jahre dauernden Umschulung unterziehen, wird immer größer.

Zur Zeit ist zu beobachten, daß die Anzahl der offenen Stellen im Bergbau allmählich wieder ansteigt, und es ist durchaus nicht abwegig, daß der Bergmann in den nächsten Monaten und Jahren wieder eine sehr umworbene Arbeitskraft sein wird.

## **Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung**

Dieser Bereich gibt teils zu Sorgen, teils zu guten Hoffnungen Anlaß. Hier verloren viele Beschäftigte durch Stilllegungen (Zinkhütte, Krupp-Kraftwagenbau u. a.) ihren angestammten Arbeitsplatz. Aber auch der seit Jahren zu beobachtende technische Fortschritt in der Mechanisierung und Automatisierung wirkte sich für manchen arbeitenden Menschen nachteilig aus. Es müßte, um die Arbeitslosenzahl zu verringern, schnellstens dafür gesorgt werden, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Betriebe, die für den Baumarkt arbeiten, profitieren von der konjunkturfördernden Maßnahme der Regierung. Soweit Exportaufträge vorlagen, konnten damit die Schwierigkeiten des Binnenmarktes überbrückt werden. Im Maschinenbau blieben manche Wünsche offen, und der reduzierte Auftragsbestand führte zur Kurzarbeit, die weitgehendst behoben werden konnte. Die Konsumgüter- und vor allem die Investitionsgüterindustrie ist im steigenden Maße mit Aufträgen versorgt.

## **Verarbeitendes Gewerbe**

Dieser Bereich spürte zwar auch den Konjunkturrückgang. Das ging aber nicht so weit, daß es zu Entlassungen gekommen wäre. Es wurden lediglich weniger oder kaum noch Kräfte eingestellt, zumal die Fluktuation in den Betrieben wesentlich zurückging. Besonders erwähnenswert ist, daß die Glasindustrie im letzten Winter nicht einmal den sonst üblichen saisonalen Rückgang zu verzeichnen hatte. Die Kunststoffherstellung bzw. -verarbeitung weitete sich aus und wird zu einem immer wichtigeren Faktor der Essener Industrie.

## **Handel, Geld- und Versicherungswesen, Dienstleistungen**

In Essen, immer schon die Einkaufsstadt des Ruhrgebietes, vergrößerte sich dieser zum tertiären Sektor gehörende Bereich. Die Zahl der Beschäftigten nahm in dem Umfang zu, wie sie im produzierenden Bereich zurückging.

Das herausragende Ereignis war die Errichtung eines neuen großen Kaufhauses mit 950 Beschäftigten. Weitere Objekte dieser Art sind geplant, stoßen aber auf den Widerstand des Einzelhandels, der eine Kapazitätsausweitung für schädlich hält.

Der Mangel an Arbeitskräften in Krankenhäusern und Altersheimen konnte bei der veränderten Situation auf dem Arbeitsmarkt zwar gemildert, aber nicht behoben werden. Es fehlte hier besonders an ausgebildetem Fachpersonal, wie überhaupt festzustellen ist, daß in vielen Dienstleistungsbereichen ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

## **Verkehrswesen**

Die Berichtszeit brachte eine veränderte personelle Lage in den Nahverkehrsbetrieben. War es früher zu Zeiten der Hochkonjunktur nicht möglich, Fahrer, Schaffner und Schaffnerinnen in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, so sieht es z. Z. genau entgegengesetzt aus. Der chronische Per-

sonalmangel und die dauernde Unterbilanz zwangen die Nahverkehrsbedriebe zur Rationalisierung, und die Einführung des sogenannten „Eisernen Schaffners“ hatte die Kündigung zahlreicher Schaffnerinnen zur Folge. Diese Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen.

### **Arbeitsverwaltung**

Im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Essen sind zur Zeit folgende Kolleginnen und Kollegen tätig:

Ordentliche Vertreter:

Franz Busch, Hans Alker, Marlen Schuchert, Karl-Heinz Völker, Karl Eisenheimer, Manfred Urbanski und Willi Bartelt.

Stellvertreter:

Heinz Ahrens, Wolfgang Wieder, Ruth Eckhusen, Artur Ernst und Heinz Potthast.

In den Sitzungen des Verwaltungsausschusses, des Arbeitsausschusses und des Bauausschusses wurden die Fragen behandelt, die im Interesse der Arbeitnehmer einer Regelung bedurften.

Der Vorsitz im Verwaltungsausschuß wechselt jährlich zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Als 3. Säule ist die öffentliche Hand mitvertreten. Die Zusammenarbeit kann allgemein als gut angesehen werden.

### **Innungskrankenkasse Essen**

Die Innungskrankenkasse Essen hatte im Jahre 1967 durchschnittlich 23 138 Mitglieder, davon waren

19 625 Pflichtmitglieder
1 565 Freiwillige Mitglieder
1 948 Rentenbezieher und -bewerber
23 138

Unter Einschluß der Familienangehörigen, die ohne eigene Beitragsleistung mitversichert sind, betreut die IKK Essen rund 50 000 Menschen aus dem handwerklichen Lebensbereich. Der Kassenbezirk erstreckt sich auf 12 Innungen des Essener Handwerks.

Der Trend der Ausgabensteigerung setzte sich auch im Jahre 1967 fort. Während der Leistungsaufwand je Mitglied (ohne Rentner) im Jahre 1965 noch DM 522,83 betrug, erhöhte er sich im Jahre 1967 um DM 112,61 = 21,5 % auf DM 635,44. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Ärztliche und zahnärztliche Behandlung	DM 155,83
Arznei und Heilmittel	DM 93,32
Krankenhauspflege	DM 113,67
Kranken- und Hausgeld	DM 222,47
Wochenhilfe	DM 32,28
Sterbegeld	DM 3,24
Sonstige Ausgaben	DM 14,63
	<u>DM 635,44</u>

Der Krankenstand (Zahl der arbeitsunfähig Kranken am 1. jeden Monats) lag im Jahre 1967 unter dem der Vorjahre. Während er im Jahre 1965 durchschnittlich 5,34 % betrug, stieg er im Jahre 1966 auf 5,74 %, um im Jahre 1967 auf 4,7 % zu sinken. Das ist gegenüber 1965 ein Rückgang von 12 %, gegenüber 1966 ein Rückgang von 18 %.

Der Beitragssatz für Versicherte mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen beträgt 9,4 % des Grundlohnes, für Versicherte, die während der Arbeitsunfähigkeit Arbeitsentgelt für mindestens 15 Tage erhalten, 6,6 % des Grundlohnes. Diese Beitragssätze konnten seit dem 1. 9. 1965 unverändert beibehalten werden.

### Allgemeine Ortskrankenkasse Essen

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Essen hat am 1. 4. 1965 den allgemeinen Beitragssatz auf 9,9 %, den Beitragssatz für Angestellte auf 7,1 % und den Beitragssatz für Versicherte ohne Anspruch auf Kranken- und Hausgeld auf 6,6 % festsetzen müssen. Diese Beitragssätze blieben in den Jahren 1966 und 1967 unverändert. Der Voranschlag für 1968 schließt zwar mit einem Fehlbetrag von rd. 3 400 000,— DM ab. Ob die Beitragssätze in naher Zukunft erhöht werden müssen, richtet sich nach den Einnahmen und Ausgaben. Die Vertreterversammlung der AOK Essen hat darum gebeten, in der nächsten Sitzung über die Einnahmen und Ausgaben vom 1. 1. bis 30. 4. 1968 unterrichtet zu werden.

Mit den jetzt geltenden Beitragssätzen liegt die AOK Essen noch unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt der Ortskrankenkassen.

Die Mitgliederzahl hat sich zugunsten der Rentner verändert. Auch hat die Mitgliederzahl insgesamt abgenommen. Am 1. 4. 1966 mußten 3000 Mitglieder an die Innungskrankenkasse der Kreishandwerkerschaft Essen abgegeben werden. Darüber hinaus ist der Mitgliederverlust zurückzuführen auf

- a) Abnahme der Einwohnerzahl in Essen,
- b) Aufgabe einer Beschäftigung von Familienangehörigen im Jahre 1967.

Die Mitgliederzahlen betragen

	allg. Mitglieder	Rentner	Insgesamt
am 1. 1. 1966	103 196	31 191	134 687
am 31. 12. 1966	98 601	31 349	129 950
am 31. 12. 1967	95 897	30 946	126 843
am 1. 3. 1968	90 457	37 005	127 462

Ab 1. 1. 1968 sind alle Rentner wieder pflichtversichert. Für die Durchführung der Krankenversicherung ist die letzte Kasse zuständig. Es kommt nicht darauf an, wie lange diese Versicherung zurückliegt. Der prozentuale Anteil der Rentner beträgt heute, gemessen an der allgemeinen Mitgliederzahl, 41 %.

Der durchschnittliche Krankenstand (Zahl der Arbeitsunfähigen) betrug

	allgemein	Barleistungsempfänger
1966	5,47 %	5,90 %
1967	4,51 %	5,26 %

Wegen der wirtschaftlichen Rezession war der Krankenstand im Jahre 1967 niedrig. In der Pressebesprechung im Mai 1967 hat die AOK Essen gewarnt, bei echter Arbeitsunfähigkeit nicht mit der Arbeit auszusetzen. Sie hat auch die Arbeitgeber gewarnt, aus einer Krankheit, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden ist, voreilig arbeitsrechtliche Konsequenzen zu ziehen.

Aus der Tätigkeit des Vorstandes und der Vertreterversammlung sind folgende Einzelheiten bemerkenswert:

Der Vorstand hatte 1966 beschlossen, die völlig unzulänglichen Räume der Verwaltungsstelle Stoppenberg umzubauen. Die Vertreterversammlung hat die erforderlichen Mittel hierfür bewilligt. Ende 1966 konnte die umgebaute und renovierte Verwaltungsstelle bezogen werden. Ebenfalls 1966 hatte der Vorstand beschlossen, die Hauptverwaltung umzubauen und zu renovieren. Die Vertreterversammlung hat die nötigen Mittel hierfür zur Verfügung gestellt. Es wurden umgebaut und renoviert die Kassenhalle, die Archivräume, das Treppenhaus, und umgebaut wurden die Räume im II. Obergeschoß für die Beitragsabteilung und im Untergeschoß für die EDV-Anlage. Im Juli 1967 waren die Umbau- und Renovierungsarbeiten fertiggestellt. Die Kostenanschläge des Architekten und die vom Vorstand bereitgestellten und von der Vertreterversammlung genehmigten Mittel wurden nicht überschritten. Die Schlußabrechnungen des Architekten lauteten auf niedrigere Beträge.

Die Jahresrechnung 1966 schloß in Einnahme mit 87 896 984,33 DM und  
in Ausgabe mit 85 379 283,99 DM ab.

Die Jahresrechnung 1967 schloß in Einnahme mit 86 466 000,06 DM und  
in Ausgabe mit 86 085 866,10 DM ab.

Der Voranschlag für 1968 sieht vor

in Einnahme 90 867 500,— DM,

in Ausgabe 94 077 100,— DM.

Es bleibt abzuwarten, ob der geschätzte Fehlbetrag für 1968 im Laufe des Jahres ausgeglichen werden kann.

Am 25. 5. 1966 stellte der Vorstand eine neue Satzung auf. Die Vertreterversammlung hat hierzu die Zustimmung erteilt. Folgende Leistungsverbesserungen wurden eingeführt:

Die Kosten für kleinere Heilmittel werden bis zum Betrage von 100,— DM übernommen. Die Beihilfe für größere Heilmittel und Hilfsmittel beträgt 75 v. H. der Kosten, mindestens 100,— DM, höchstens 300,— DM. Die Familienhilfe wurde ausgedehnt auf Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, bis zum vollendeten 24. Lebensjahr, wenn sie zur Ausbildung oder Vorbereitung auf ihren Beruf eine Schule besuchen.

Wegen der durch das Änderungsgesetz zum Selbstverwaltungsgesetz vom 23. 8. 1967 und durch das Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21. 12. 1967 geänderten Vorschriften wird die Vertreterversammlung in der nächsten Sitzung über eine Neufassung der Satzung Beschluß fassen. Ebenso wird in der gleichen Sitzung die Krankenordnung durch einen Nachtrag ergänzt werden müssen.

Seit dem 1. 4. 1965 ist mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein die Einzelleistungsvergütung vereinbart. Obwohl die Gebührensätze ab 1. 4. 1965 durch die Bundesgebührenordnung/Ärzte wesentlich erhöht worden sind und die Honoraranforderungen ständig steigen, hat die Kassenärztliche Vereinigung zum 31. 12. 1967 die Honorarvereinbarung gekündigt. Die Verbände der Krankenkassen in Nordrhein haben ergebnislos Einigungsverhandlungen geführt. Nunmehr wird das Schiedsamt entscheiden müssen, ob und inwieweit die in der Gebührenordnung als angemessen bezeichneten Einzelsätze für die Krankenkassen erhöht werden.

Die Kosten der Krankheitswelle im Januar und Februar 1968 betragen über 2 Millionen DM. Sie wurden aus der Rücklage gedeckt.

In der laufenden Verwaltung ist die Organisation geändert worden. Durch Einrichtung einer Zentralkartei ist sichergestellt, daß bei der dezentralisiert geführten Verwaltung an dem zuständigen Leistungsschalter für einen Versicherten nur eine Leistungskarte geführt wird. Die Mitglieder- und Leistungskartei wurde neu angelegt. Eine Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten wird angestrebt durch Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen. Am 1. 4. 1967 wurde die IBM System 360 Modell 20 installiert. Die Auslastung der Kapazität dieser Maschine ist in Kürze erreicht.

## **Bildung**

„Wissen ist Macht“, „Bildung macht frei“, sagte schon 1872 Karl Liebknecht und gab damit zu Recht der Bildung eine Primärbedeutung.

Auch heute noch hat „das Wissen“ einen vorrangigen Stellenwert, denn ohne Wissen und dem erst daraus entstehenden Handeln gibt es keine demokratischen Veränderungen in Staat und Gesellschaft.

Darum ist das Ziel unserer Bildungsarbeit den Teilnehmern unserer Seminare, Lehrgänge und Vortragsveranstaltungen mit den Aufgaben und der Bedeutung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner ihm angeschlossenen Gewerkschaften vertraut zu machen. Das ist aber mehr als gewerkschaftliche Zweckbildung, und so verstehen wir auch unseren Bildungsauftrag; das ist echte, staatsbürgerliche Bildung. Ein großer Teil unserer Themen informiert unsere Hörer über die Rechte und Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft mit dem Ziel, sie zu mündigen, selbstkritischen, ja positiv unruhigen Bürgern zu machen.

### **Gewerkschaftsseminar (Staatsbürgerliches Seminar)**

Ein Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit ist das „Staatsbürgerliche Seminar“. Schon seit 1947 führt der DGB Kreis Essen mit der Essener Volkshochschule das Staatsbürgerliche Seminar durch. In diesem Seminar, dessen 1. und 2. Semester jeweils in Mai und im November beginnen, werden an insgesamt 36 Abenden mit 72 Doppelstunden die nachfolgenden Themen in der Form eines Lehrgespräches bzw. durch Arbeitsgemeinschaften behandelt:

#### **Grundstufe — I. Semester**

Gesellschaftslehre, Grundlagen der Demokratie, Volkswirtschaftslehre, Grundzüge des Rechts und Arbeitsrechts.

#### **Oberstufe — II. Semester**

Die sozial-ökonomische Situation der BRD, Marxismus-Leninismus, Sozialversicherungs- und Betriebsverfassungsrecht, Geschichte der Weimarer Republik, Volkswirtschaftstheorie, Sozialpolitik.

Insgesamt haben seit 1947 ca. 1700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Seminar besucht.

Im Monat November 1967 jährte sich der zwanzigste Geburtstag des Seminars. Der Kreisvorstand, der Direktor der VHS, Dr. Wilh. Godde, die Begründer sowie die gegenwärtigen Referenten wurden aus diesem Anlaß zu einer kleinen Feier eingeladen.

#### **Abendseminare — Wochenendtagungen**

In den Abendseminaren und Wochenendtagungen wurden Themen aus den Bereichen der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik behandelt. Insbesondere versuchten wir neu auftretende, aktuell gewordene Themen zu berücksichtigen, wie z. B. die Notstandsgesetze. Auf mehreren Wochenendtagungen sprachen wir auch Probleme der Außenpolitik, und zwar der Wiedervereinigung an.

Als Referenten standen uns immer gute und schon in der Erwachsenenbildung bewährte Sachkenner zur Verfügung.



Die Teilnehmer dieser Seminare waren mit den Arbeitsergebnissen zufrieden. Darum werden wir auch im Jahre 1968 die vorgenannten Seminare beibehalten. Eine pädagogisch wertvolle Feststellung konnten wir bei den Wochenendseminaren machen: Die Teilnehmer arbeiteten nicht nur während der Seminarzeit gut mit; darüber hinaus ließen sie keine Gelegenheit aus, auch in der freien Zeit miteinander zu diskutieren und sich dabei näher kennenzulernen.

Im Berichtszeitraum waren an 12 Abendseminaren und 60 Wochenendveranstaltungen (auch enthalten: Samstagsseminare, Seminare für Handwerker und Ortskartelle) im Durchschnitt 18 Teilnehmer anwesend.

## **Arbeit und Leben**

### **DGB/VHS Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung**

Arbeit und Leben ist eine Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Volkshochschule. Sie will durch staatsbürgerliche und politische Bildung die Arbeitnehmer zur Mitverantwortung und Mitbestimmung im öffentlichen Leben befähigen. Die Veranstaltungen von Arbeit und Leben stehen jedem ohne Rücksicht auf Partei-, Konfessions- oder Organisationszugehörigkeit offen. Sachliche Darstellung und Aussprache geben die Möglichkeit der freien Meinungsbildung.

### **Abendseminare**

Zu den Abendseminaren gehören das schon erwähnte Gewerkschafts- oder Staatsbürgerliche Seminar, das Seminar „Technik der geistigen Arbeit“ und das Seminar „Denken — Sprechen — Schreiben“.

Alle drei Seminare haben einen guten Anklang gefunden und sie werden darum auch in der Zukunft weiter durchgeführt. Die Teilnehmer der genannten Bildungsmaßnahmen sind überwiegend Mitglieder unserer Gewerkschaften.

Im Berichtszeitraum wurden

6 Staatsbürgerliche Seminare, 3 Seminare Technik der geistigen Arbeit und 3 Seminare Denken — Sprechen — Schreiben mit einem durchschnittlichen Besuch von 16 Teilnehmern durchgeführt.

### **Wochenendveranstaltungen, Einzelvorträge**

Unsere örtliche Arbeitsgemeinschaft führt Wochenendveranstaltungen für Erwachsene und für junge Leute durch. Die Themenstellung bezieht sich auf den sozialen und politischen Bereich unseres Staates und der Gesellschaft. So wurden z. B. bei den Erwachsenen folgende Themen behandelt:

„Freiheit und soziale Sicherung in der Industriegesellschaft“, „Die gesellschaftliche Situation der Gegenwart“, „Demokratie in Offensive“, „Bonn ist nicht Weimar“.

Unseren jungen Leuten haben wir u. a. folgende Themen angeboten:

„Staat, Vaterland, Nation“, „Strategie des Friedens“ und „Moskau schreibt an Bonn“.

Auch bei diesen Wochenendseminaren haben wir festgestellt: Über die eifri-

ge Beteiligung beim Seminar hinaus wurden wertvolle persönliche Kontakte geschlossen.

Im Berichtszeitraum wurden 3 Wochenendseminare für junge Leute und 12 Wochenendseminare für Erwachsene mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 18 Hörern durchgeführt.

Außerdem konnten 13 Einzelvorträge als Abendveranstaltungen durchgeführt werden, mit einem Teilnehmerkreis von durchschnittlich 22 Personen.

### **Allgemeine Bildungsarbeit**

Die Abteilung Bildungswesen ist nach wie vor der Auffassung, daß es nur in Ausnahmefällen Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, sogenannte kulturelle Veranstaltungen in eigener Regie durchzuführen. Sie ist vielmehr bemüht, den Mitgliedern der Gewerkschaften den Zugang zu den vorhandenen und geeigneten Kultur- und Bildungseinrichtungen und zu allen allgemeinbildenden Veranstaltungen zu ermöglichen und für deren Besuch zu werben.

Aus diesem Grunde wurden im Berichtszeitraum die Kontakte besonders mit den folgenden Kultur- und Bildungseinrichtungen unserer Stadt fortgesetzt und vertieft:

Volkshochschule, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Essener Theater- ring, Evangelischer Sozialdienst, Institut Francaise.

Die sehr vielfältige und intensive Beratungstätigkeit der Abteilung Bildungswesen wurde fortgesetzt. Neben der Beratung der Seminarabsolventen hinsichtlich ihres weiteren Bildungsweges wurden auch Auskünfte an außergewerkschaftliche Einrichtungen und Einzelpersonen, insbesondere Lehrer und Studenten gegeben.

### **Bildungsausschuß**

Zur Förderung und Koordinierung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im Bereich des DGB Kreises Essen ist am 5. Juni 1962 nach den Empfehlungen und Richtlinien des Bundesvorstandes ein Bildungsausschuß gegründet worden, dem der Sekretär der Abteilung Bildungswesen und Vertreter von 14 angeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften angehören.

Dem Bildungsausschuß gehören an:

IG Bergbau und Energie	Paul Schmidt
IG Metall	Bernhard Tuchmann
OTV	Marlen Schuchert
BSE	Gerd Deumlich
HBV	Ruth Eckhusen
Textil — Bekleidung	Erich Rommerskirchen
Druck und Papier	Helmut Karnath
GdED	Bernhard Minten
NGG	Werner Müller
IG Chemie	Artur Ernst
Holz	Bernhard Berger
DPG	Friedhelm Löper
Kunst	Günter Enders
Erziehung und Wissenschaft	Georg Gampig

Nachdem im Berichtszeitraum 1960/62 der Bildungsausschuß die Grundsätze seiner Arbeit festgesetzt hat, ist für den jetzigen Berichtszeitraum zu bemerken, daß Ansätze zu einer Koordinierung der Bildungsarbeit festzustellen sind; dafür sagen wir den Mitgliedern herzlichen Dank.

Herzlichen Dank aber auch unseren Dozenten, den Lehrgangs- und Seminarteilnehmern, verbunden mit der Bitte, im kommenden Jahr wiederum unsere Bildungsarbeit mitzugestalten.

## **Berufsbildungswerk**

Das 1954 gegründete Berufsbildungswerk Essen des DGB arbeitete zu Beginn der Berichtszeit noch in seinen Räumen im Gewerkschaftshaus. Das führte zu verschiedenen Schwierigkeiten: Die Unterhaltung von sechs Handelsschulklassen in einem Bürohaus ohne Schulhof war eine erhebliche Belastung für die Kollegen; die Kapazität der Schule war durch die Zahl der verfügbaren Räume begrenzt; die Abendkurse mußten zum Teil in öffentlichen Schulen durchgeführt werden und waren dadurch schwerer kontrollierbar.

So war es für das Berufsbildungswerk eine günstige Gelegenheit, im April 1966 das Haus der Kaufmännischen Privatschule Dr. Wessel mit zwölf Unterrichtsräumen und eigenem Schulhof mieten und diese Schule übernehmen zu können. Es wird seitdem unter der Bezeichnung „Kaufmännische Privatschule Dr. Wessel im Berufsbildungswerk Essen des DGB GmbH“ geführt.

Diese Erweiterung gab auch die Möglichkeit für die Durchführung von Rehabilitanden-Lehrgängen im Auftrage des Arbeitsamtes. In diesen Lehrgängen werden Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf nicht mehr ausüben können, zu Büro-, in Sonderfällen zu Industriekaufleuten umgeschult. Die Ausbildung dauert zwei Jahre, an deren Ende die Kaufmannsgehilfenprüfung vor der Industrie- und Handelskammer abgelegt wird. Das erste und letzte Halbjahr ist Vollzeitunterricht, dazwischen liegt ein Jahr Berufspraxis. Der Erfolg dieser Arbeit kann als ausgezeichnet angesprochen werden; von 53 Teilnehmern, die 1967 die Prüfung ablegten, haben sie 50 bestanden.

In der Handelsschule wurden 1967 zum erstenmal Versuche mit einer allgemeinen Einführung in die elektronische Datenverarbeitung gemacht. Diese Arbeit soll im zweiten Schuljahr in der zweijährigen Handelsschule fortgesetzt werden; für die einjährigen Klassen erscheint sie mit Rücksicht auf die Fülle des übrigen Stoffes und der zu geringen Vorbildung nicht geeignet. Weiter wurde den Schülern eine Einführung in die Bürorationalisierung geboten und gruppenweise an 20 fabrikneuen Diktiergeräten gearbeitet, welche die Firma Assmann kostenlos für einen Monat zur Verfügung stellte. Eine Handelsschulklasse besucht die Büroausstellung der Firma Möller im Saalbau.

Ein einwöchiges staatsbürgerliches Seminar konnte Dank der Unterstützung der Dr.-Wacker-Schule im Berufsbildungswerk Aachen und des DGB Kreises Aachen in Monschau durchgeführt werden.

Über die Art der im Berufsbildungswerk durchgeführten Lehrgänge im einzelnen unterrichtet das Programm. Wenn die folgenden Zahlen rückläufig sind, so darf daraus nicht auf einen Rückgang des Gesamtunterrichts geschlossen werden, weil der verminderten Teilnehmerzahl kurzfristiger Lehrgänge eine Zunahme der Teilnehmer an langfristigen Ausbildungsmaßnahmen mit einem Vielfachen an Unterrichtsstunden (Handelsschule, Rehabilitandenlehrgänge usw.) gegenübersteht.

Das kommt auch in der Summe der Ermäßigungen zum Ausdruck, die den Gewerkschaftsmitgliedern gewährt wurden und die sich im Berichtszeitraum fast verdoppelt hat.

Nun die Teilnehmerzahlen im einzelnen:

	1965	1966	1967
Stenografie	237	138	134
Maschinenschreiben	359	210	213
Übungsgruppe (fortlaufend)	107	79	63
Sprachen (Deutsch, Englisch)	340	222	224
Kaufmännische Lehrgänge	234	201	208
Technische Lehrgänge	129	79	15
Freizeit-Lehrgänge (Selbsthilfe am PKW)	51	15	11
Führerschein Ausbildung	516	357	98
Vorbereitung auf Lehrabschlussprüfungen	341	289	277
Handelsschule	320	479	452
Kaufmännisches Grundwissen für Facharbeiter, Techniker und Ingenieure	117	103	73
Sekretärinnen-Lehrgänge	67	46	26
Datenverarbeitungs-Lehrgänge	254	176	180
Vorbereitung auf die Begabtensonderprüfung		22	35
Rehabilitanden		146	232
Aufschulung älterer kaufmännischer Angestellter			21
Sonstige Arbeitsamtslehrgänge			63
<b>Gesamtteilnehmerzahl</b>	<b>3072</b>	<b>2562</b>	<b>2325</b>
Davon sind Gewerkschaftsmitglieder	612	492	510

Ermäßigungen, die Gewerkschaftsmitgliedern gewährt wurden:

6 949,— DM	1965
8 658,— DM	1966
11 843,— DM	1967

Die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wird vom Berufsbildungswerk dankbar begrüßt. So können mit dem DGB-Kreis-Vorsitzenden laufend alle Fragen geklärt und mit seiner Hilfe wichtige Verbindungen geknüpft werden. Eine dieser Initiativen im Jahre 1967 führte zum Beispiel jetzt dazu, daß das Berufsbildungswerk mit der Durchführung des Maschinenschreiblehrganges für Mitarbeiter der Stadtverwaltung beauftragt wurde. Gewerkschaften und DGB unterstützen das Berufsbildungswerk auch bei der Publikation seiner Arbeit und Verteilung seiner Programme. Besonders aktiv schalten sie sich bei der Vorbereitung des DGB-Technikums ein, das Anfang 1968 mit seinem Unterricht beginnen soll.

Das Berufsbildungswerk hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit dem DGB-Kreis und mit den einzelnen Gewerkschaften.

## Frauenarbeit

Die Frauen sind hineingestellt in die Gesamtaufgaben der Gewerkschaftsarbeit. Das schließt nicht aus, daß besondere Fraueninteressen bestehen, die vom Blickfeld der Frau her besser erkannt, von ihr herausgearbeitet und vertreten werden müssen.

Die Frauenarbeit innerhalb des Kreisausschusses Essen wird maßgeblich durch den Kreis-Frauenausschuß vorbereitet und durch ihn geleistet.

Der Kreis-Frauenausschuß setzt sich aus Vertreterinnen der in Essen ansässigen Gewerkschaften zusammen. Die Vorsitzende ist stimmberechtigtes Mitglied im Kreisvorstand. Gewerkschaftliche Frauenarbeit wird im DGB und auch in den einzelnen Gewerkschaften geleistet. Dieser Ausschuß kam in der Berichtszeit regelmäßig zu seinen Sitzungen zusammen und beschäftigte sich neben organisatorischen Fragen auch mit dem Plan und der Themenstellung des Frauennarbeitskreises. Unter anderem wurde behandelt:

Ist unser Grundgesetz revisionsbedürftig?

Diskussion über das Berufsausbildungsgesetz

Europa — unsere Aufgaben

Frauenarbeitsschutz — eine doppelseitige Verpflichtung

Arbeiten, aber gesund bleiben.

Praktische Ratschläge für eine gesunde Lebensweise.

Essen im Wandel der kommenden Jahre.

Haben Frauen Chancen zum beruflichen Aufstieg?

Vorbereitung der Frauen-Sternfahrten.

Enquete über die Situation der Frau im Beruf, Familie und Gesellschaft.

Weitere Veranstaltungen, z. B. Besichtigung des Hauptpumpwerks der Stadt Essen sowie Koch- und Backvorführungen in den Lehrküchen des RWE, der Städtischen Werke und des Ruhrkohlehauses fanden großen Beifall bei den Kolleginnen.

Innerhalb der Gewerkschaften bestehen seit Jahren auch Frauenausschüsse. Dort wurden neben innergewerkschaftlichen Fragen weitere Themen allgemeiner Art behandelt.

Die Zusammenarbeit mit anderen befreundeten Organisationen kann als gut bezeichnet werden. So nehmen Vertreterinnen der konsumgenossenschaftlichen Frauengilde und unsere Kolleginnen wechselseitig an Jahresversammlungen und Delegiertenkonferenzen teil.

Im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes und im Ausschuß für hauswirtschaftliche Berufsausbildung sind Vertreterinnen des DGB ebenfalls vertreten.

Seit Jahren gibt die Hauptabteilung Frauen im DGB zur Unterstützung unserer Kolleginnen die monatliche Zeitschrift „Frauen und Arbeit“ heraus, die alle Probleme wie Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Berufsausweitung für Frauen und wichtige Gesetze bespricht. Diese Zeitschrift ist eine gute Informationsquelle für die praktische Arbeit und wird besonders von den Betriebsrätinnen sehr geschätzt.

Es muß aber noch gesagt werden, daß hier in Essen der Erhalt des Arbeitsplatzes nicht nur für unsere Kollegen problematisch ist. Allein bei der Essener Verkehrs AG mußten in den letzten Monaten im Rahmen der Rationalisierung ca. 150 Schaffnerinnen ihre Arbeit aufgeben. Durch Unterstützung des Arbeitsamtes sind wir bemüht, diesen Personenkreis durch eventuelle Umschulung in andere Berufe zu vermitteln.

Diese kurzen Darstellungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie sollen lediglich einen kleinen Einblick in die Vielseitigkeit der Frauenarbeit geben.

Abschließend sei hier allen Kolleginnen für ihre Mitarbeit recht herzlich gedankt, die trotz Doppelbelastung und viel Schwierigkeiten immer wieder Zeit fanden, an unseren Sitzungen und Veranstaltungen teilzunehmen, um so das Rüstzeug für den täglichen Arbeitskampf zu erwerben. Unser Dank gilt aber auch den Kollegen, die stets bereit waren, uns in der gemeinsamen Arbeit tatkräftig zu unterstützen.

## Jugendarbeit

Der Bericht der Abteilung Jugend erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das kann schon darum nicht sein, da der Verfasser erst 3 Monate vor Ende der Berichtszeit seine Tätigkeit beim DGB Kreis Essen aufnahm. Trotzdem soll versucht werden, einen Arbeitsbericht der Abteilung Jugend zu geben.

Am Anfang der Berichtszeit, und zwar am 4. 3. 1965, fand eine Kreisjugenddelegiertenkonferenz statt. 12 Gewerkschaften entsandten hierzu 18 KJA-Mitglieder und 80 Delegierte. Bei der Konstituierung der KJA-Mitglieder wurden dann die Kollegen

Herbert Dersche, 1. Vorsitzender,  
Karl Riedel, 2. Vorsitzender,  
und Heribert Rillinger, Schriftführer.

In einem Zeitraum von 2 Jahren legten sie ihre Arbeit nieder, so daß am 20. März 1967 eine Neuwahl stattfand, und zwar mit folgendem Ergebnis:

Willi Hartenstein, IG Metall,  
1. Vorsitzender,  
Fritz Kühlwein, IG Bergbau und Energie,  
2. Vorsitzender, und  
Bernd Perowitz, IG Druck und Papier,  
Schriftführer.

Schon an dieser Stelle möchten wir insbesondere diesen Kollegen dafür Dank sagen, daß sie keine Zeit und Opfer gescheut haben, während des Berichtszeitraumes die Jugendarbeit unseres Kreises wirkungsvoll zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt unserer Jugendbildungsarbeit war naturgemäß die „Gewerkschaftspolitische Bildung“, die sich aber nicht nur auf gewerkschaftliche Zweckbildung beschränkte, wie z. B. die behandelten Themen:

„Die gewerkschaftlichen Aufgaben des Jugendsprechers im Betrieb“  
oder

„Die Aufgaben des Jugendleiters einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe“.

Es wurden auch gewerkschaftspolitische Themen im weiteren Sinne angeboten.

U. a.:

„Der Jugendliche in Staat und Gesellschaft“

„Wie funktioniert der Staat?“

— Gemeinden, Länder, Bund —

„Die Stellung der Parteien und Verbände in unserem Staat“

„Die gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen“

a) Die katholische Sozial-Lehre

b) Die evangelische Sozial-Ethik

c) Der freiheitliche, demokratische Sozialismus.

Darüber hinaus konnten aber auch europäische Aufgaben und Probleme besprochen werden, die sich aus der Schaffung der EWG-Staaten zu diesem Zeitpunkt ergaben.

Das Lernziel war hier immer, unsere Jugendlichen zu selbständigen, kritischen Demokraten zu erziehen. Außerdem wollen wir ihnen die erforderlichen Grundkenntnisse vermitteln, die sie benötigen, um an Internatslehrgängen unserer Gewerkschaften und unserer Bundesschulen teilnehmen zu können.

Insgesamt wurden 41 Wochenendveranstaltungen durchgeführt mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 20 Personen.

Im Berichtszeitraum konnten etwa 200 Jugendliche an unseren Jugenderholungsmaßnahmen vom DGB Landesbezirk NRW teilnehmen.

Hinzu kamen 6 Studienfahrten nach Berlin bzw. nach Frankreich, die von uns selbst durchgeführt wurden. Alle Fahrten bekamen von den Teilnehmern eine gute Beurteilung.

Auch die zahlenmäßige Entwicklung unserer Jugendlichen in unserem Kreis ist erfreulich. Hatten wir Ende 1964 11 810 Jugendliche, so durften wir erfreut feststellen: Ende 1967 waren es 13 392 Jugendliche.

Wie im Bereiche der Erwachsenen-Bildung haben wir uns auch in der Jugendarbeit bemüht, mit anderen Institutionen und Verbänden Kontakte aufzunehmen und nach Möglichkeit mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Das werden wir auch für die kommenden Jahre tun, denn auch wir konnten wiederum feststellen:

Die Möglichkeit, mit anderen politischen und sozialen Gruppen zu diskutieren, wirkte sich befruchtend für unsere eigene Arbeit aus.

Hier sind besonders zu erwähnen:

Politische Bildungsstätte,

Kulturring der Essener Jugend e. V.,

Jugendwohlfahrtsausschuß des Rates der Stadt Essen,

Berufsausbildungsausschuß der IHK und der Essener Stadtjugendring.

Die Abteilung Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Essen unterstützte mit ihren Geräten, wie z. B. Magnetophon-Gerät, Dia-Projektor, Schallplattengerät und Schallplatten, die Jugendarbeit der Einzel-Gewerkschaften. Diese Hilfestellung soll nach Möglichkeit noch intensiviert werden. Alles in allem, so scheint mir, können wir mit dem Ergebnis der Jugendarbeit zufrieden sein. Das heißt allerdings nicht, wenn wir ein ähnliches, ja sogar besseres Ergebnis haben wollen, und das wollen wir, daß wir in unseren Bemühungen nachlassen dürfen. Im Gegenteil, wir können und werden vieles tun müssen, um unsere gemeinsame Arbeit zu aktivieren. Dazu rufen wir insbesondere die Mitglieder des Kreisjugendausschusses und die Jugend-Delegierten des DGB Kreis Essen auf.

Zum Schluß möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen sowie Referenten Dank sagen, die durch ihr Mittun unsere Arbeit unterstützt haben, und bitten sie um ihre weitere Mitarbeit. Herzlichen Dank auch dem DGB Kreisvorstand, der immer ein offenes Ohr für die Anliegen seines Nachwuchses hatte.



## Angestellte

Das Angestelltensekretariat Rhein-Ruhr war nach dem Weggang des Kollegen Heinz Vorneweg im Jahre 1963 zwei Jahre lang nicht besetzt.

Die örtliche Angestelltenarbeit wurde durch den Kollegen Ludwig Pousset erledigt.

Am 1. 9. 1965 kam der Kollege Horst Kowalak als Angestelltensekretär ins Angestelltensekretariat Rhein-Ruhr nach Essen; im Juli 1966 ging er in eine neue Stelle ins Landesbezirks-Angestelltensekretariat.

### I. Angestelltenausschuß-Sitzungen in Essen

am 14. 9. 1965

am 13. 1. 1966

am 24. 2. 1966

am 7. 6. 1966 Neukonstituierung (s. beiliegende Liste v. 1. 6. 1966)

### II. Angestelltenversammlungen in Essen

(erweiterter Angestelltenausschuß und sonstige aktive Angestellten-Funktionäre)

am 9. 12. 1965 Referat: Annedore Bell, DGB-Bundesvorstand,  
„Arbeits- und Gesundheitsschutz im Büro“  
21 Teilnehmer

am 13. 1. 1966 Referat: Gottfried Richter, Essen,  
„Wichtige Hinweise zu Lohnsteuerfragen“  
33 Teilnehmer

am 24. 3. 1966 Referat: K. Boxler, Essen,  
„Aktuelle Wirtschaftsfragen“  
21 Teilnehmer

am 18. 4. 1966 Besuch des Bundeshauses und Gespräch mit Fraktions-  
vertretern  
26 Teilnehmer.

### III. Überörtliche Veranstaltungen des Angestelltensekretariates Rhein-Ruhr (es sind nur die aufgeführt, an denen der Kreis Essen beteiligt war).

1. am 6. 11. 1965 im Hespertal

„Mitbestimmung aus der Sicht der Angestellten“

Dr. Heese, Hüttenwerke Oberhausen AG

114 Teilnehmer, davon 88 aus Essen, 26 aus Witten

2. am 29. 1. 1966 in Heiligenhaus

„Die Wandlungen in der Arbeitswelt der Angestellten“

Erwin Sehrt, Kassel

130 Teilnehmer, davon 68 aus Essen, 36 aus Oberhausen, 26 aus Mülheim

3. am 5. 11. 1966 in Blankenstein

„Arbeitsbewertung für Angestellte“

Franz Lis, Duisburg

65 Teilnehmer, davon 40 aus Essen und 25 aus Mülheim.

## Angestellte

In unserem letzten Geschäftsbericht befaßten wir uns zunächst mit der damals schon im festen Gang befindlichen Automation im hiesigen Gebiet und der damit verbundenen Umstruktuirung des Ruhrgebietes. Wir waren uns darüber im klaren, daß hierdurch bedingt, vor allem für die älteren Angestellten, und dazu rechnen leider schon heute alle über 45jährigen, sehr viele und große Probleme an uns herantreten werden. Es gilt daher für uns, besonders wachsam zu sein, damit wir in gemeinsamer Zusammenarbeit mit allen Industriegewerkschaften in allen eintretenden Fällen versuchen, daß auch die sozialen Belange unserer älteren Angestellten bestens gewahrt werden.

Wir können und wollen die Rationalisierung in keinem Falle aufhalten oder hintertreiben, sind aber der Ansicht, daß dieses Problem nicht einseitig auf Kosten der Arbeitnehmer gelöst werden darf. Mit dieser Voraussetzung treten wir auch fortan in alle auf uns zukommenden Verhandlungen und vertrauen darauf, daß es uns immer gelingen möge, unsere Auffassung zugunsten der Angestellten zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Arbeit des Angestelltenausschusses war gerade in den abgelaufenen Berichtsjahren besonders schwer und mit vielerlei Umständen verbunden. Es traf uns zunächst sehr hart, daß unser langjähriger Sekretär Heinz Vornweg auf Weisung des Landesbezirks-Vorstandes zur Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB nach Bonn versetzt wurde.

Als Ersatz für Heinz Vornweg wurde vom Landesbezirk Düsseldorf für vorübergehende Tätigkeit in Essen der Kollege Pousset für die Angestelltenarbeit nach hier versetzt.

Gegen Anfang des Jahres 1966 kam sodann der Kollege Horst Kowalak als Angestelltensekretär nach Essen. Nach kurzer Einarbeit galt es für den Kollegen Kowalak in erster Linie darum, die Angestelltenarbeit wieder in vollen Gang zu bringen. Die turnusmäßigen Ausschuß-Sitzungen konnten wieder in gewohnter Weise stattfinden; auch die so sehr beliebten Wochenendtagungen in erweitertem Kreise fanden viel Beifall.

Im Sommer des Jahres 1966 wurde ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm für den Winter 1966/67 erarbeitet und auch im Bildungsprogramm bekanntgegeben. Leider aber hat sich das gesamte Programm nicht durchführen lassen, da bekanntlich durch Umorganisation des DGB-Bundesvorstandes unser Angestelltensekretär Horst Kowalak zum Landesbezirk Düsseldorf versetzt wurde. Diese Versetzung erfolgte im Zusammenhang mit der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes des DGB-Bundesvorstandes, der Einwirkungen für alle Kreisvorstände des DGB mit sich brachte.

Die Gründe waren also finanzieller Natur und müssen auch von uns anerkannt und respektiert werden. Wir sind also nicht die Allein-Leidtragenden, sondern mit uns alle übrigen Kreisverbände des DGB.

Wir können nur auch an dieser Stelle noch einmal unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß es gerade die Angestelltenarbeit sein mußte, die unter den Beschlüssen des Bundesvorstandes am meisten zu leiden hat. Nachdem etwa im Herbst 1967 Klarheit darüber zustande kam, wie die An-

gestelltenarbeit für die Folge weitergeführt werden kann, konnte sodann auch erstmalig der Angestellten-Ausschuß seine Sitzung wieder abhalten. Der Kreisvorsitzende, Kollege Franz Busch, gab dem Ausschuß in dieser Sitzung einen umfassenden Bericht über die Zusammenhänge, die zur vorübergehenden Einschränkung der Arbeit geführt hatten. Klarheit aber bestand nun darüber, daß mit besonderer Hilfe aller ehrenamtlichen Mitarbeiter alles versucht werden sollte, nunmehr aber die Angestelltenarbeit wieder zu forcieren. Auch eine Wochenendtagung mit gutem Besuch zeugt davon, wie sehr den Angestellten auch an ihren Berufsgruppen-Tagungen gelegen ist. Soweit es die finanziellen Mittel erlauben, werden auch diese Tagungen in der Folgezeit wieder regelmäßiger stattfinden.

Wir hoffen nun, daß alle Mitglieder des Angestellten-Ausschusses die Gründe für die etwas langsamere Arbeit in der jetzt abgelaufenen Periode voll würdigen und anerkennen, und wünschen mit ihnen, daß wir in gemeinsamer Arbeit im kommenden, neuen Geschäftsjahr, alle uns berührenden Probleme mit voller Energie zum Abschluß bringen können.

Für die bisherige Arbeit allen treuen und langjährigen Mitgliedern des Angestellten-Ausschusses auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank.

## **Beamte**

Folgende Themen wurden behandelt:

**Am 2. März 1966:**

„Neue Wege im Beamtenrecht“

Besoldungssituation, Besoldungskonzeption, Laufbahnrecht,  
Leistungsprinzip.

Referent: Gerhard Schmidt, Vorsitzender des beamtenpolitischen Sekretariats im Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV.

**Am 15. April 1967:**

„Beamtenrecht im Wandel der Zeit — Notwendigkeit der Fortentwicklung“

Referent: Paul Proff, Leiter der Abteilung Beamte im DGB,  
Landesbezirk NRW, Düsseldorf.

**Am 20. Februar 1968:**

„Schulreform im Lande Nordrhein-Westfalen“

Schule — Bildung — Beruf

Referent: Franz Woschek, Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Düsseldorf.

Zwischenzeitlich fanden mehrere Sitzungen des Beamtenausschusses wie auch Sitzungen des Vorstandes statt.

## Arbeitsrecht

Die nachstehenden statistischen Angaben geben einen Aufschluß über die starke Inanspruchnahme der Rechtsabteilung unseres DGB-Kreises. Außer diesen statistisch festgehaltenen Inanspruchnahmen müssen noch all die Rechtsstreite hinzugerechnet werden, die in Essen zur Abwicklung kommen, das sind die Klagen, die von auswärtigen DGB-Kreisen übersandt wurden. Die bei uns tätigen Rechtssekretäre treten daher fast jeden Vormittag beim Arbeitsgericht auf.

In unserer Rechtsabteilung sind mehrfach Referendare im Rahmen ihrer Ausbildung eingesetzt worden. Wir halten den dadurch entstehenden Kontakt für wichtig. Diese Referendare sind später als Richter, Staatsanwälte oder Rechtsanwälte tätig. Es ist daher gut, wenn die Referendare die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmer aus eigenem Erleben kennenlernen.

Die Rechtsstreite, die bei uns geführt wurden, betrafen in erster Linie Lohnforderungen und Kündigungsschutzklagen. Manche Lohnforderung konnte wegen einer sogenannten im Tarifvertrag enthaltenen „Ausgleichsklausel“ nicht durchgesetzt werden. Diese Ausgleichsklauseln verhinderten allerdings auch sehr oft gegen Arbeitnehmer gerichtete Schadensersatzforderungen.

Das Problem der Ausgleichsklauseln ist in erster Linie eine tarifrechtliche Angelegenheit, also von den einzelnen Gewerkschaften zu lösen. Oft wurden Unterschriften unter Ausgleichsquittungen erschlichen. Sobald ein geeigneter Fall da ist, werden wir die Staatsanwaltschaft bemühen. Vielfach haben Arbeitgeber versucht, Schadensersatz geltend zu machen, wenn Arbeitnehmer sich weigerten, Überstunden über das gesetzlich oder tariflich zulässige Maß zu leisten. Derartige Rechtsstreite wurden sämtlich gewonnen. Am 2. 2. 1967 wurde der Massenentlassungsprozeß gegen die Firma Glaswerke Ruhr gewonnen. Es zeigte sich hier sehr deutlich, daß unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Depression ein Einbruch in das Mitbestimmungsrecht versucht wurde. Trotz Obsiegens zogen es viele Kollegen vor, sich eine andere Arbeitsstelle zu suchen, weil der Druck dieser Firma zwecks Änderung der Arbeitsbedingungen recht groß war.

Besonders hervorgehoben werden muß das Beschlußverfahren des Betriebsrates der Firma Girardet gegen die Firma Girardet. Der Betriebsrat verlangte die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses. Die Firma Girardet berief sich auf die Eigenschaft eines Tendenzbetriebes. Das Beschlußverfahren wurde erstinstanzlich gewonnen. Zur Zeit ist die Beschwerde der Firma Girardet beim Landesarbeitsgericht anhängig. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Rechtsstreit erst durch das Bundesarbeitsgericht rechtskräftig entschieden wird.

Manche im Jahre 1967 anhängige Lohnklage war durch Konkurs bedingt.

Vereinzelte zeigte sich auch, daß mit der Vorenthaltung ordnungsgemäßer Zeugnisse seitens der Arbeitgeber versucht wurde, Druck auf Arbeitnehmer auszuüben.

Ganz allgemein gesehen muß überhaupt gesagt werden, daß die Fronten härter geworden sind. Die Schulung der Arbeitsrichter müßte daher vorrangig sein. Leider stehen uns keine entsprechenden Mittel zur Verfügung. Allen Arbeitsrichtern sei an dieser Stelle für ihre verantwortungs-

volle ehrenamtliche Tätigkeit gedankt. In letzter Zeit zeigte es sich wiederholt, daß jungen Kollegen, die für die Bundeswehr gemustert worden waren, kurzerhand gekündigt wurde. Der gesetzliche Schutz reicht einfach noch nicht aus, den betroffenen Kollegen zu helfen. Wir haben zwar auf dem Klagewege versucht, etwas zu erreichen, jedoch erfolglos. Hier zeigt sich eine gewerkschaftliche Aufgabe.

Die bargeldlose Lohnzahlung hat vielfach dazu geführt, daß dem Arbeitnehmer besondere Kosten bei den Geldinstituten entstanden. Die Gewerkschaft ÖTV hatte einen Kollegen des öffentlichen Dienstes gegen das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend zu vertreten, der u. E. mit Recht die entsprechende Kostenübernahme verlangte. Die Klage wurde u. E. unverständlicherweise abgewiesen und die Berufung nicht zugelassen. Die Konsequenzen werden weitreichend sein. Trotz allem sind wir mit unserer statistischen Übersicht, die eine Zusammenfassung der Vierteljahres-Berichte ist, zufrieden. Statistiken können aber kaum die Arbeit wiedergeben, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt.

### Statistik Arbeitsrecht

1965

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1965	131	
neu eingereichte Klagen	154	
erledigt bis 31. 12. 1965	183	
noch anhängig 31. 12. 1965	102	
die 183 erledigten Klagen wurden abgeschlossen durch Urteil	60	
hiervon 48 obsiegend		
hiervon 9 teilweise obsiegend		DM 30 034,68
hiervon 3 abweisende, Streitwert		DM 6 964,85
durch gerichtlichen Vergleich	77	DM 59 979,47
durch außergerichtlichen Vergleich	20	DM 14 567,89
auf andere Weise, z. B. Anerkenntnis	26	DM 6 964,85
	<u>183</u>	
Die Klagen betrafen:		
Arbeitsentgelt	101	
Urlaubsentgelt	13	
Kündigungen	38	
Herausgabe von Arbeitspapieren	6	
aus dem Betriebsverfassungsgesetz	2	
Zeugniserteilung	12	
Verschiedenes	10	
	<u>183</u>	

Hierin sind enthalten: 23 Klagen mit verschiedenen Ansprüchen.  
Die Rechtsabteilung wurde 1965 in 5 Beschlußverfahren tätig.

## Statistik Arbeitsrecht

1966

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1966	102	
neu eingereichte Klagen	417	
erledigt bis 31. 12. 1966	221	
noch anhängig	298	
Die 286 erledigten Klagen wurden abgeschlossen durch Urteil	28	
hiervon obsiegend	21	DM 29 707,54
hiervon abweisend, Streitwert	7	DM 6 162,72
hiervon gerichtliche Vergleiche	96	DM 67 692,54
hiervon außergerichtliche Vergleiche	28	DM 46 574,60
hiervon auf andere Weise, z. B. Anerkenntnis, Rücknahme	71	DM 43 166,64
	<u>221</u>	

Die erledigten Klagen betrafen:

Arbeitsentgelt	85
Urlaubsentgelt	23
Kündigungsschutz	74
Herausgabe von Arbeitspapieren	6
Zeugniserteilung	7
aus dem Betriebsverfassungsgesetz	2
Verschiedenes	24
	<u>221</u>

Hierin sind enthalten: 56 Klagen mit verschiedenen Ansprüchen.  
Die Rechtsabteilung wurde 1966 in 2 Beschlußverfahren tätig.

## Statistik Arbeitsrecht

1967

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1967	298	
neu eingereichte Klagen	247	
erledigt bis 31. 12. 1967	416	
noch anhängig am 31. 12. 1967	129	
Die 416 erledigten Klagen wurden abgeschlossen durch Urteil	164	
hiervon obsiegend	158	DM 129 566,40
hiervon abweisend	6	DM 3 648,44
durch gerichtlichen Vergleich	81	DM 55 394,57
durch außergerichtlichen Vergleich	111	DM 139 688,06
auf andere Weise, z. B. Anerkenntnis, Rücknahme	60	DM 3 800,—
	<u>416</u>	

Die erledigten Klagen betrafen:

Arbeitsentgelt	81
Urlaubsentgelt	10
Kündigungen	284
Herausgabe von Arbeitspapieren	12
Zeugniserteilung	8
Arbeitnehmerhaftung	7
Verschiedenes	14
	<u>416</u>

Hierin sind enthalten: 50 Klagen mit verschiedenen Ansprüchen.  
Die Rechtsabteilung wurde 1967 in 6 Beschlußverfahren tätig.



## Sozialrecht

Beim Lesen der Statistik der Sozialrechtsstreite muß man berücksichtigen, daß in 90% aller Klagen der Ausgang der Rechtsstreite von medizinischen Sachverständigen beeinflusst wird. Ein beratender Arzt steht nicht zur Verfügung, so daß man meistens erst während des Sozialrechtsstreites Aufschluß über die Prozeßchancen bekommt. Hieraus erklärt sich auch, daß sich günstig und ungünstig erledigte Rechtsstreite statistisch die Waage halten. Bei den meisten Klagen ging es um die Durchsetzung einer Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit. Bei der Frage, ob im Einzelfall eine Tätigkeit als Beruf gilt, wird in der Rechtsprechung leider nicht berücksichtigt, daß gerade im Ruhrgebiet sich eine konstante Umstrukturierung der Arbeitswelt vollzieht. Mancher Beruf fällt fort, eine Umschulung des Betroffenen scheidet sehr oft an seinem Alter, d. h., der jeweilig betroffene Arbeitnehmer wird durch äußere Verhältnisse gezwungen, sich für eine Tätigkeit als Hilfsarbeiter zu entscheiden, was dann aber wieder als „freiwillige Aufgabe des erlernten Berufes“ gewertet wird. Der Begriff „Beruf“ in der Sozialversicherung ist also in der Sozialrechtsprechung aus o. a. Gründen zu eng gefaßt, hier heißt es schon aus sozialpolitischen Gründen die Rechtsprechung zu beeinflussen. Ein weiteres Problem ist die langjährige Beschäftigung von Arbeitnehmern in einem Betrieb. Mancher Kollege und manche Kollegin haben sich in Betriebshierarchie hochgearbeitet und sich so eine gesellschaftliche Stellung erarbeitet. Auch das wird in der Sozialrechtsprechung nicht berücksichtigt und auch hier stellen sich sozialpolitische Aufgaben. Die Voraussetzung zur Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit ist ebenfalls hart umkämpft. Das Bundessozialgericht hat zimal entschieden, daß, falls für die vorhandene Arbeitsfähigkeit kein Arbeitsplatz vorhanden ist, Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist. Das Landessozialgericht NRW mit Sitz in Essen, insbesondere der 14. Senat, ist der Ansicht, daß das eine Frage der Arbeitslosenversicherung ist. Man verkennt aber u. E., daß Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung nur im Falle der Vermittlungsfähigkeit auf dem sogenannten allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgen. Der „allgemeine Arbeitsmarkt“ kennt jedoch keine Arbeitszeit von z. B. 3 bis 4 Stunden pro Tag. Gewiß gibt es im Ruhrgebiet viele normale Arbeitsplätze. Hieraus den Schluß zu ziehen, daß es ausreichend Arbeitsplätze mit einer Arbeitszeit von 3 bis 4 Stunden gebe, ist irrig.

Die Umgliederung im Ruhrgebiet, die die Vermittlungsfähigkeit der betroffenen Versicherten weiter einengt, und die entsprechende Sozialrechtsprechung bedeutet u. E. für viele Arbeitnehmer eine weitere Deklassierung. Es ist bedauerlich, daß die rechtlichen Gründe hierfür entgegen der BSG-Rechtsprechung ausgerechnet von einem Gericht im Bereich des Ruhrgebiets kommen und sich diese Tendenz nunmehr auch beim BSG, verursacht durch das hiesige LSG, abzeichnet. Hier ist eine gewerkschaftspolitische Aufgabe gestellt und außerdem eine Aufgabe für den jeweiligen Prozeßvertreter vor dem Sozialgericht.

Viele Rechtsstreite, die gegen die Berufsgenossenschaften vertreten wurden und negativ entschieden werden mußten, scheiterten einfach daran, weil Berufskrankheiten (z. B. Emphysem) in der 6. BKVO nicht als solche anerkannt sind, obwohl die Sachverständigen sämtlichst zum Ausdruck brachten, daß

z. B. das Emphysem überwiegend als Berufserkrankung angesehen werden muß. Die 6. BKV brachte z. B. auch für Taube und Schwerhörige unbeabsichtigte Härten mit sich, mancher Rechtsstreit wurde geführt, um die entstandene Härte zu beseitigen. Die Prozesse mußten geführt werden, um das entstandene Problem aufzuzeigen. Wir rechnen mit einer Änderung in der in Arbeit befindlichen 7. BKVO.

An diesen wenigen Beispielen zeigt sich, daß gerade auf dem Gebiet des Sozialrechts mancher Rechtsstreit geführt werden muß, um gegebenenfalls über eine negative Beendigung sozialpolitisch wirksam zu werden. Trotz allem sind wir der Ansicht, daß unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten die in der Statistik aufgezeigten Erfolge unserer Rechtsabteilung Anerkennung finden müssen. An dieser Stelle sei allen Sozialrichtern gedankt.

### Statistik Sozialrecht

1965

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1965	198
neu eingereichte Klagen	249
erledigte Klagen bis 31. 12. 1965	218
noch anhängig 31. 12. 1965	229

Die erledigten Klagen wurden abgeschlossen:

		Streitwert lt. ZPO
durch Urteil	21	DM 190 726,—
gerichtlicher Vergleich	61	DM 1 495 206,10
außergerichtlicher Vergleich	6	DM 104 070,30
auf andere Weise (z. B. Korrespondenz mit Versicherungsträger, persönl. Vorsprachen, Klagerücknahmen)	130	DM 623 062,11
	<u>218</u>	<u>DM 2 413 064,51</u>

Von den 218 erledigten Klagen betrafen die

Arbeiterrentenvers.	Angestelltenvers.	Knappschaftl. Rentenvers.
123	29	6
davon günstig geregelt:		
73	19	5
Unfallversicherung		
31		
davon günstig geregelt:		
17		
Krankenversicherung	Arbeitslosenvers.	Kriegsopferversorgung
11	5	11
davon günstig geregelt:		
6	3	7
Kindergeld		
2		
davon günstig geregelt:		
2		

mitgewirkt in 14 Widerspruchsverfahren, davon 9 günstig geregelt, mit einem Streitwert von DM 29 675,—.

## Statistik Sozialrecht

1967

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1967	239
neu eingereichte Klagen	250
erledigte Klagen	205
noch anhängige Klagen 31. 12. 1967	284

Die erledigten Klagen wurden abgeschlossen:

		Streitwert lt. ZPO
durch Urteil	23	DM 300 750,75
gerichtlicher Vergleich	69	DM 1 198 104,—
außergerichtlicher Vergleich	15	DM 124 238,—
auf andere Weise (z. B. Korrespondenz mit Versicherungsträger, persönl. Vorsprachen, Klagerücknahmen)	98	DM 42 062,85
	<u>205</u>	<u>DM 1 665 155,60</u>

Von den 205 erledigten Klagen betrafen die

Arbeiterrentenvers.	Angestelltenvers.	Knappschaftl. Rentenvers.
116	15	12
davon günstig geregelt:		
56	6	6
Unfallversicherung		
35		
davon günstig geregelt:		
15		
Krankenversicherung	Arbeitslosenvers.	Kriegsopferversorgung
12	7	7
davon günstig geregelt:		
7	5	6
Sonstiges		
1		
davon günstig geregelt:		
1		

mitgewirkt in 9 Widerspruchsverfahren, davon 8 günstig geregelt, mit einem Streitwert von DM 31 250,—.

## Statistik Sozialrecht

1966

noch anhängige Rechtsstreite 1. 1. 1966	229
neu eingereichte Klagen	240
erledigte Klagen bis 31. 12. 1966	230
noch anhängig 31. 12. 1966	239

Die erledigten Klagen wurden abgeschlossen:

		Streitwert lt. ZPO
durch Urteil	16	DM 150 150,—
gerichtlicher Vergleich	75	DM 1 287 693,90
außergerichtlicher Vergleich	11	DM 50 103,10
auf andere Weise (z. B. Korrespondenz mit Versicherungsträger, persönl. Vorsprachen, Klagerücknahmen)	128	DM 124 495,—
	<u>230</u>	<u>DM 1 612 442,—</u>

Von den 230 erledigten Klagen betrafen die

Arbeiterrentenvers.	Angestelltenvers.	Knappschaftl. Rentenvers.
124	28	6
davon günstig geregelt:		
73	17	3
Unfallversicherung		
39		
davon günstig geregelt:		
17		
Krankenversicherung	Arbeitslosenvers.	Kriegsopferversorgung
16	2	13
davon günstig geregelt:		
7	2	5
Kindergeld	Sonstiges	
1	1	
davon günstig geregelt:		
—	—	

## Ortskartell Kettwig

Im Ortskartell Kettwig wurden durchgeführt

für das Jahr 1965	Abendveranstaltungen	=	6
	Wochenendtagungen	=	3
	Besichtigungen	=	2
	Teilnahme: Maifeier in Essen	=	1
	Teilnahme: Ruhrfestspiele	=	1
	Ortskartellvorstandssitzungen	=	4
für das Jahr 1966	Abendveranstaltungen	=	1
	Wochenendtagungen	=	6
	Teilnahme: Maifeier in Essen	=	1
	Teilnahme: Ruhrfestspiele	=	1
	Ortskartellvorstandssitzungen	=	3
für das Jahr 1967	Abendveranstaltungen	=	1
	Wochenendtagungen (Geldmangel)	=	2
	Teilnahme: Maifeier in Essen	=	1
	Teilnahme: Ruhrfestspiele	=	2
	Ortskartellvorstandssitzungen	=	3

Die ermittelte durchschnittliche Teilnehmerzahl über den Berichtszeitraum bei den Wochenendtagungen und sonstigen Veranstaltungen weist die Zahl 22 aus.

Außerdem pflegten die Ortskartellvorstandsmitglieder in Kettwig auf Grund von Einladungen und Aussprachen Kontakte mit Rat und Verwaltung sowie mit den befreundeten Organisationen.

Der Kontakt der im DGB organisierten Angestellten aus dem Stadtbereich Kettwig vertritt im DGB-Angestellten-Ausschuß in Essen der Kollege Kersten. Die Jugendarbeit im Ortskartell Kettwig wird 14tägig vorwiegend durch Abendveranstaltungen im DGB-Jugendraum im Kettwiger Jugendheim betrieben und leidet seit einiger Zeit etwas Mangel, weil eine motorische Aufsicht durch einen DGB-Jugendsekretär ausblieb und die Stadtgemeinde Kettwig außer dem freien Zusammenschluß der Jugendorganisationen im Stadtjugendring kein eigenes Jugendamt und damit keinen Jugendpfleger unterhält. Die demokratische Mitbestimmung der DGB-Jugend im DGB-Ortskartell Kettwig ist wohl vorhanden, jedoch etwas mehr Elan der Jugend wäre für die rückliegende aber auch künftige Jugendarbeit wünschenswert. 1967 Berlinfahrt mit 5 Teilnehmern. Veranstalter: Stadtjugendring.



---

Druck: R. Weidner, 43 Essen, Kölner Straße 52, Telefon 7051 27